NR. 328/2010 07. März 2010

presse

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Frau Merkel ist unfähig zur Bewältigung der finanziellen Krisenfolgen

Zum Streit innerhalb der Koalition um eine Sonderabgabe für Banken erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Joachim Poß***:*

Diese Regierung erschöpft sich in Ankündigungspolitik. Auch bei der Sonderabgabe für Banken geht es um reine Absichtserklärungen mit Blick auf die Landtagswahl in NRW.

Die letzten Äußerungen von CDU/CSU und FDP um Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer machen deutlich: Es gibt keinerlei Gemeinsamkeiten bei der Bewältigung der finanziellen Krisenfolgen zwischen den Koalitionsparteien.

In den Schlüsselfragen der deutschen Politik kann Frau Merkel - wegen fehlender inhaltlicher Übereinstimmung in der Koalition - weder national noch international handeln.

Deutschland braucht keine 15-fache Ankündigungspolitik auf NRW-Wahlveranstaltungen. Notwendig wäre endlich eine entschlossen handelnde Regierung. Doch dazu ist diese Koalition mit ihrer abwartenden Kanzlerin offensichtlich nicht fähig.

HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN MdB
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

REDAKTION HANNES SCHWARZ
TELEFAX (030) 227-568 69

TEXT KANN AUS DEM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION